

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 17.09.2008

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Ingo Diller SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL	
Ratsherr Gordan Dudas	SPD	
Ratsherr Horst Eick	SPD	Vertreter für Ratsfrau Hertes
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	
Ratsherr Jürgen Sager	CDU	
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	anwesend ab 17:09 Uhr
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	anwesend ab 17:07 Uhr
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Herr Otto Bodenheimer	Grüne	
Herr Heinz-Rüdiger Ochel	CDU	abwesend ab 19:09 Uhr
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Herrn Vetter
Herr Rüdiger Wilde	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Martin Kornau	Fraktionslos	abwesend ab 18:10 Uhr
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU	
Ratsherr Jürgen Thiel	AfL	

Gäste:

Herr Jörg Marré	EGC/LSM	zu TOP 1 nicht öffentlich
Herr Schmidt	KIMW	zu TOP 1 nicht öffentlich

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Dieter Rotter
Herr Martin Bärwolf
Herr Edgar Weinert
Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Hans Hutya
Herr Ralf Ziomkowski
Herr Peter Dilks
Herr Heinrich Gentrup
Frau Yvonne Schubert

nur zur öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Stefanie Scholz

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Karin Hertes
Herr Ulrich Vetter

SPD
CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Herr Achim von Einert, Anwohner der Germanenstraße, schildert, dass die Schranke dort schon seit längerem defekt sei. Er habe sich bereits mit dem STL in Verbindung gesetzt, aber nach dortiger Aussage soll die Schranke nicht mehr repariert werden und geöffnet bleiben. Daraufhin habe er einen Nachmittag Fahrzeuge gezählt, die diese Schranke passieren. In 1 ½ Stunden seien dort 12 Fahrzeuge durch gefahren. Herr von Einert weist auf den Beschluss des Rates hin, dass dort keine Durchgangsstraße sei, mittlerweile aber ein reger Verkehr herrsche. Er fragt nun an, wer für die Reparatur der Schranke zuständig sei.

Der BM antwortet, dass die Fa. Jungkurth immer durch Dritte unmittelbar beauftragt wurde, die Schranke instand zu setzen und quasi schon eine Dauerbeauftragung erfolgte, da die Abstände der Schrankenzerstörung recht kurz gewesen seien. Für die Organisation und Finanzierung sei die Stadt Lüdenscheid verantwortlich, die es nicht mehr für vertretbar halte, dauerhaft diesen Vandalismus hinzunehmen und auf diese Art und Weise Gelder lediglich für Reparaturen von Vandalismusschäden auszugeben. Die Verwaltung prüfe nun, mit welchen anderen rechtlichen Möglichkeiten dieser Zustand beendet werden kann und versucht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Bahr, Anwohner der Germanenstraße, fragt weiter, warum es so lange dauert, ein Durchfahrtsverbotschild anzubringen.

Herr Hutya erklärt, dass das Schild zusammen mit der dortigen Laterne entfernt wurde. Ein neues Schild soll aufgestellt werden. Am 18.09.2008 findet diesbezüglich ein Termin vor Ort statt.

2. Satzung über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlagen Teutonenstraße und Fuelbecker Straße Vorlage: 192/2008

Ohne weitere Erörterung fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlagen Teutonenstraße und Fuelbecker Straße wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

3. Bauvorhaben Sterngasse, abgehängte Decke, Ausführungsvarianten Vorlage: 200/2008

Herr Gentrup, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, erklärt, dass aufgrund technischer Probleme vorbereitete Bilder, die dieses Thema verdeutlichen und erläutern würden, nicht gezeigt werden können. Er erläutert die Vorlage.

Ratsfrau Gabler erklärt, dass sie ohne Visualisierung keine Entscheidung treffen möchte und stellt den Antrag, das Thema für eine Entscheidung in den Hauptausschuss am 22.09.2008 zu verschieben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

4. Satzung über die Bildung einer Erschließungseinheit für die Erschließungsanlagen "Elbinger Straße - Hauptzug" und "Elbinger Straße - Stichstraße" Vorlage: 211/2008

Ratsherr Holzrichter fragt, ob den betroffenen Anwohnern, die nun nachträglich und unverhofft mit höheren Ausgaben belastet werden, die gleichen Zahlungsziele eingeräumt werden, wie es bei einem regulären Verfahren der Fall gewesen wäre und ob sie eine Endabrechnung bekommen, die deutlich anders sei als ihre Vorausleistung.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung antwortet, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Die Beträge ändern sich zwar, aber die Endabrechnung sei erst in einigen Jahren zu erwarten. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Betroffenen die Information erhalten haben, um sich darauf einstellen zu können.

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Bildung einer Erschließungseinheit der Erschließungsanlagen „Elbinger Straße – Hauptzug“ und „Elbinger Straße – Stichstraße“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

5. Parkpalette Corneliusstraße Vorlage: 209/2008

Herr Ziomkowski, Zentrale Gebäudewirtschaft, schildert die Beschlussvorlage.

Herr Bodenheimer bezieht sich auf das 2. Gutachten, in dem u. a. die Kosten der Sanierung aufgelistet seien und fragt, inwieweit sich der Sanierungsaufwand reduzieren würde, wenn die Palette vollkommen überdacht wird.

Der BM antwortet, dass sich nach seinem Kenntnisstand die Sanierung auf all die Teile bezieht, die nun abgängig seien, insbesondere für die Auflager, die sich im hinteren Teil der Parkpalette erheblich verschoben haben. Zudem sei die Vorlage nur eine Beschreibung des bisherigen Erkenntniszustandes und es sei nicht vorweggenommen, wie möglicherweise die Alternative - Sanierung oder Neubau – aussehen werde.

Herr Bodenheimer bittet noch, die Betroffenheit der Anwohner in der Altstadt zu berücksichtigen, da dort sehr viele Leute die Stellplätze abgelöst haben.

Danach fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird mit der Fortführung der Investorengespräche mit dem Investor Peter Sippel beauftragt.
2. Sollten diese Gespräche nicht erfolgreich abgeschlossen werden können, wird die Verwaltung beauftragt, ein beschlussreifes Konzept zur weiteren Zukunft der Parkpalette Corneliusstraße zu erstellen.
3. Der bestehende Nutzungsvertrag mit dem Verein Altstadtparken e.V. wird zum 31.12.2008 gekündigt. Dem Verein wird die Fortführung des Vertrags mit kürzeren Kündigungsfristen angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

6. Antrag der CDU - Fraktion - Betonwelle Platanenhain

Ratsfrau Gabler erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Ratsherr Dudas legt dar, dass dies eine „Skaterwelle“ sei und die Farbe abblättern werde, je häufiger dort darüber gefahren wird, daher sei er dagegen. Ratsherr Holzrichter fragt, wie es technisch möglich sei, diesen aus Granit bestehenden Stein haltbar umzufärben.

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, erklärt, dass die Betonwelle keine „Skaterwelle“, sondern ein „Balancierbalken“ sei, der mittlerweile aber auch von Skatern benutzt werde. Das Material sei ein Fertigbetonteil, das mit einer Betonfarbe angestrichen werden könne, aber die Farbe durch die Benutzung der Skater wieder abgelöst werde.

Die Stürze seien der Stadt bekannt und es wurden daher bereits „Bremsen“ vor dem Bereich der Sparkasse und der Ratsapotheke gebaut, sowie eine Bank in dem Sturzbereich aufge-

stellt. Daher sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit eines farblichen Anstrichs der Betonwelle.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	-

7. Berichtswesen

7.1. Schriftliche Berichte

**7.1.1. Baugebiet Eggenscheid;
hier: Ergebnis der Untersuchung zur Prüfung der Vermarktungsfähigkeit
Vorlage: 204/2008**

Herr Dilks, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, erörtert die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Entwicklung und Vermarktung des Baugebietes Eggenscheid wird seitens der Stadt aufgrund der Einschätzung der beschriebenen Risiken im vorliegenden Gutachten der Firma IBoMa aus Dortmund derzeit nicht betrieben.

Sofern ein Investor die Realisierung des Gebietes durchführen möchte, wird ein entsprechendes Konzept in den zuständigen Gremien zur Beratung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

7.2. Mündliche Berichte

Keine!

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Aktion Verkehrswacht Lüdenscheid

Herr Kornau gibt bekannt, dass die Verkehrswacht Lüdenscheid e.V. vom 18.09. – 20.09.2008 im Erdgeschoss des Stern Centers, die Verkehrssicherheitstage unter dem Motto „Kinder und Straßenverkehr“ durchführen werde. Alles läuft unter dem großen Begriff „Netzwerk Verkehrssicheres NRW“, beziehungsweise für den Märkischen Kreis „Netzwerk Verkehrssicherheit – Sicher unterwegs im MK“. „Netzwerk Verkehrssicheres NRW“ ist insoweit bekannt, da die Stadt Lüdenscheid diesem beigetreten ist. Er lädt alle Beteiligten recht herzlich ein, die Veranstaltung zu besuchen.

8.1.2. Einbau von Mittelinseln in der Leifringhauser Straße

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass eine neue Decke in dem Bereich „Zum Stucken“ / Leifringhauser Str. aufgebracht wurde und nun in diesem Zuge die bisher markierten Inselflächen im Einmündungsbereich mit Klebebordstein eingefasst werden sollen. Dafür entstehen weitere Kosten in Höhe von ca. 5.000 €, die aus der Haushaltstelle „Verkehrsberuhigung“ gezahlt werden sollen.

8.1.3. Beschilderung Vorplatz Nattenbergstadion

Herr Ziomkowski, Zentrale Gebäudewirtschaft, erläutert die Problematik des Parkens am Nattenbergstadion im Bereich der Rettungszufahrt. Dort haben sich die Besucher nicht an die vorhandene Beschilderung gehalten und alles zugeparkt. Man hat nun den gesamten Rettungsweg mit einer Sperrfläche markiert und darüber hinaus Schilder angebracht, die deutlich darauf hinweisen. Diese Maßnahme habe sich bereits als sehr wirksam erwiesen.

8.1.4. Investitionspakt zur energetischen Erneuerung

Herr Ziomkowski, Zentrale Gebäudewirtschaft, gibt bekannt, dass alle Anträge auf Zuschussung von energetischen Maßnahmen fristgerecht bei der Bezirksregierung Arnsberg abgegeben worden seien. Die Gesamtkosten der beantragten Sanierung der Grundschule Lösenbach sei dabei aber um ca. 800.000 € höher als ursprünglich veranschlagt. Hintergrund dieser Kostensteigerungen seien das aktuelle Submissions-Ergebnis einer anderen Kommune bei den Tiefenspeichern, bei denen der günstigste Angebotspreis deutlicher höher sei als dies aufgrund bisheriger Marktabfragen durch die Uni Siegen der Fall war. Bei der Adolf-Kolping-Schule halten sich die Mehrkosten mit bis zu 200.000 € etwas geringer. Auf Nachfrage von Ratsherrn Schwarz erklärt Herr Ziomkowski, dass mit der Beantragung der Mittel noch keine endgültige Entscheidung verbunden sei; diese müsse die Stadt Lüdenscheid erst nach Bewilligung der Mittel treffen. Auch seien von den Mehrkosten nur ein Drittel durch die Stadt zu tragen.

8.1.5. Bürgerversammlung Spielplatzneubau Vogelberg

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass im Bebauungsplan des Neubaugebietes Vogelberg eine ausgewiesene Fläche für die Errichtung eines Kinderspielplatzes vorhanden sei. Dieser Spielplatzbau sei außerhalb des Spielplatzkonzept-

tes vorgesehen. Am 20.10.08 um 18:30 Uhr findet eine Bürgerversammlung in der Erwin-Welke-Grundschule statt, um Planungen mit den Anliegern, Anwohnern und Kindern vor zu besprechen.

8.1.6. Steintafeln für Partnerstädte am Brunnen

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, berichtet, dass es bei der Neugestaltung des Rathausplatzes bereits die Überlegung gab, auf die Partnerstädte der Stadt Lüdenscheid in geeigneter Weise hinzuweisen, ein befriedigender Vorschlag aber nicht gefunden wurde. Für den Sternplatz sei nun die Idee, in den „Kragen“ der um den Neumann-Brunnen gepflastert ist, bodengleich Platten einzubringen, auf denen der Name der Partnerstadt, das Gründungsdatum der Partnerschaft, das Land der Partnerstadt und die Entfernung eingemeißelt ist. Diese Platten würden dann in Himmelsrichtung der jeweiligen Partnerstadt eingebaut werden. Herr Badziura demonstriert unterschiedliche Schrifttypen und Einfärbungen. Die Einfärbung solle Kaffeebraun sein, in Anlehnung an den Neumann-Brunnen. Die Tafeln sollen jedoch lediglich halb bis zwei Drittel so groß wie die vorgestellten Tafeln sein, was eine Reduzierung der Typengröße bedeuten würde.

Der Vorschlag wurde von den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses einstimmig angenommen.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Zuparken der Fluchttür Parkdeckmitte Corneliusstr.

Beigeordneter Theissen beantwortet die Anfrage des Herrn Bodenheimer in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 06.02.2008 wie folgt:

Die LSM veranlasst die Markierung eines weißen Kreuzes, um den Bereich vor der Tür von parkenden Fahrzeugen frei zu halten.

8.2.2. Durchfahrtsverbot Hochstraße - Stärkere Kontrollen

In Beantwortung der Anfrage der Ratsfrau Gabler in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 13.08.2008 teilt Beigeordneter Theissen folgendes mit:

Die Überwachung des Durchfahrtsverbots obliegt der Polizei, da es sich dabei um die Überwachung des fließenden Straßenverkehrs handelt. Seitens der Polizei wurde eine verstärkte Überwachung zugesagt.

8.2.3. Einfahrverbot Altstadt - Stärkere Kontrollen

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr beantwortet die Anfrage des Herrn Bodenheimer in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 13.08.2008 wie folgt:

Die Polizei wurde bereits informiert und sie fährt regelmäßig in den Nachtstunden in der Fußgängerzone Streife. Während der Geschäftsöffnungszeiten wird das Liefern und Laden außerhalb der dafür vorgesehenen Zeit in erster Linie vom Ordnungsamt überwacht.

8.2.4. Parken Parkgarage Rathaus - Reservierte Parkplätze

Beigeordneter Theissen beantwortet die Anfrage der Ratsfrau Hertes in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 13.08.2008 wie folgt:

Die Parkgarage Rathaus wird z. Z. in jeder Schicht, mindestens aber mehrmals täglich kontrolliert.

Bei reservierten Parkplätzen handelt es sich im rechtlichen Sinne um Privatparkplätze, die nur einem bestimmten Personenkreis zur Verfügung stehen sollen. Die Regelungen der Straßenverkehrsordnung gelten für diese Parkplätze nicht. Die Politessen können und dürfen daher keine Fahrzeuge verwarren, die auf diesen reservierten Parkplätzen stehen.

Um zu verhindern, dass Nichtberechtigte dort parken können, müsste dies ggf. durch bauliche Maßnahmen, z. B. durch Pfosten oder Absperrungen, erreicht werden.

Der Grundstückseigentümer wäre ggf. auch berechtigt, wie bei jedem Privatgrundstück, die dort unerlaubt parkenden Fahrzeuge abschleppen zu lassen, was aber praktisch aufgrund der beengten Verhältnisse kaum möglich ist.

8.2.5. Verkehrssituation Grundschule Lösenbach

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, beantwortet die Anfrage des Rats Herrn Fröhling in der öffentlichen Sitzung des Rates am 08.09.2008 wie folgt:

Auf Grund der vor einigen Jahren herausgegebenen Empfehlungen des verkehrstechnischen Instituts der deutschen Versicherer wurden die Schulwegsicherungsvorschläge der Grundschule Lösenbach abgelehnt. Auch andere Maßnahmen, die vielleicht noch zu prüfen wären, werden ebenfalls in der Literatur entweder alle abgelehnt oder als unwirksam dargestellt. Empfohlen würden nur die Signalisierung von Überwegen an Hauptverkehrsstraßen oder aber Überquerungshilfen in Form von Mittelinseln, die in die Fahrbahn eingebaut werden.

Bezogen auf die Mozartstraße gibt es hierfür nur Platz an der unmittelbaren Einmündung „Unterm Freihof“. Der heutige Fußweg beträgt 110 m für die Schulkinder, wenn sie sicher über die vorhandenen einzelnen Inseln gehen. Der kürzeste Weg über die Straße ist 85 m lang. Um den 25 m längeren Weg abzukürzen, würden Baukosten in Höhe von über 20.000 € entstehen. Dies findet die Verwaltung nicht angemessen.

An der Kreuzung der Schubertstraße mit der Wagnerstraße gibt es keine Stelle, an der eine bauliche Maßnahme Platz hätte. Es ist bereits eine mit weißen Markierungen und Pollern versehene gesicherte Fläche vorhanden, um die Fahrbahn dort überqueren zu können. Die Verwaltung wird mit der Schule und der Elternpflegschaft in Kontakt treten, um zusammen die Örtlichkeit zu besuchen und den Sachverhalt zu erörtern. Das Ergebnis wird im BVA vorgetragen.

8.3. Anfragen

8.3.1. Straße "Am Ramsberg"

Die CDU-Fraktion stellt durch Frau Gabler dar, dass jahrelang eine Regelung in der Straße am Ramsberg gut funktioniert habe. Anfang des Jahres wurde die Beschilderung abgebaut und funktioniere nun nicht mehr.

In der Straße Am Ramsberg war auf der rechten Seite „Freitags von 10 bis 13 Uhr“ Halteverbot, damit die Straßenreinigung an diesem Tag ohne Störungen die Straße sauber halten konnte. Eine gute Lösung, wie sie in anderen Städten auch weiterhin mit Erfolg praktiziert wird.

Nach Entfernen des zeitlich begrenzten Halteverbotes werden in dem Bereich nun den ganzen Tag Fahrzeuge von Personen abgestellt, die in der Lüdenscheider Innenstadt berufstätig sind. Die Anlieger der Straße stellen ihre Fahrzeuge nachweislich nicht an die Straße, sondern auf die fast auf jedem Grundstück befindlichen Parkflächen bzw. in die Garagen.

Obwohl die Straße seit Anfang des Jahres nicht oder nur sehr oberflächlich gereinigt werden kann, werden Straßenreinigungsgebühren natürlich weiter erhoben.

Sie fragt an, welche Gründe es gab, eine funktionierende Regelung zu ändern und welche alternative Lösung die Stadtverwaltung vorschlägt, damit die Straße auch weiterhin ordnungsgemäß gereinigt werden kann.

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, antwortet, dass es im unteren Bereich „Am Ramsberg“ Schwierigkeiten mit der Reinigung gegeben habe. Es wurde eine Lösung gefordert, damit dort die Reinigung besser funktionieren würde. Der STL hat schlechte Erfahrungen mit der Halteverbotsbeschilderung gemacht, weil es immer Falschparker in diesen Bereichen gibt und daher nicht richtig gereinigt werden kann. Deswegen hat man speziell für den Ramsberg, auf Vorschlag eines Vertreters der Anlieger, alle Leute angeschrieben. Beide Straßenseiten werden nun abwechselnd beparkt, nach den Empfehlungen des STL in geraden Woche die gerade Hausnummernseite und in ungeraden Wochen die andere Seite. Diese Lösung werde vom STL als funktionsfähig bezeichnet, es erfolge ein reibungsloser Ablauf der Reinigung. Da nicht beide Straßenteile verschieden geregelt werden sollten, wurde das Halteverbot im oberen Teil aufgehoben, so dass nun für den gesamten Ramsberg die gleiche Regelung gilt.

Die Sitzung wird um 18:35 Uhr unterbrochen, da eine Anwohnerin vom Ramsberg eine Nachfrage hat. Die Sitzung wird um 18:40 Uhr wieder aufgenommen.

8.3.2. Kostenerstattung Hilfeleistung des Landes

Weiterhin teilt die CDU-Fraktion durch Ratsfrau Gabler mit, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2008 der § 41 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen des Landes (FSHG) dahingehend geändert wurde, dass eine Kostenerstattung für Hilfeleistungen beim Kreis, Land oder Bund eingefordert werden könne.

Somit sei es in Zukunft möglich, nach Beseitigen u.a. von Öls Spuren durch die Feuerwehr die entstandenen Kosten von Kreis, Land oder Bund zurück erstattet zu bekommen.

Sie fragt nun an, ob die Stadt Lüdenscheid diese Möglichkeit der Kostenerstattung in Zukunft wahrnehmen werde und welche Voraussetzungen städtischerseits geändert werden müssen, damit die entstandenen Kosten eingefordert werden können.

Beigeordneter Theissen beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Stadt Lüdenscheid wird in den Fällen, in denen die Anwendung des neuen Kostenersatzbestandes möglich sein wird, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Allerdings muss bei der Betrachtung dieses Sachverhaltes berücksichtigt werden, dass der Anteil der Land- und Bundesstraßen einschließlich der Bundesautobahn am Gesamtstraßennetz einen Anteil

von ca. 27 % ausmacht. Darüber hinaus fallen auf diesen Straßen wesentlich weniger Einsätze an, so dass sich die Anwendung des neuen Kostenersatztatbestandes auf vergleichsweise sehr wenige Fälle beschränkt.

Die dafür notwendige Schaffung eines Gebührentatbestandes in der Satzung der Stadt Lüdenscheid über den Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr in der zur Zeit geltenden Fassung wird in der nächsten Überarbeitung dieser Satzung umgesetzt. Dies wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres geschehen.

8.3.3. Vertrag Stadtwerke

Ratsherr Dudas fragt nach dem aktuellen Sachstand zu dem Thema Contracting - Vertrag bezüglich der Heizungsanlage an den Staberger Schulen mit den Stadtwerken.

Herr Ziomkowski, Zentrale Gebäudewirtschaft, antwortet, dass das gesamte Gebiet Contracting bereits geprüft wurde und es im Rahmen des Facility Managements zur Zeit nicht das Beste sei. Die Verwaltung habe Gespräche mit der SEWAG aufgenommen, die im Bereich Contracting sehr zurückhaltend geworden sei. In der nächsten Woche finde ein erneutes Gespräch in dieser Sache statt, über das im nächsten Bau- und Verkehrsausschuss berichtet werden soll.

8.3.4. Umgestaltung der Fahrstrecke Linie 53 - MVG

Ratsherr Thielicke bezieht sich auf den ÖPNV am Vogelberg und fragt an, ob im Hinblick auf den derzeit erfolgenden Ausbau des Kreisverkehrs Buschhauser Weg / Wilhelm-Kattwinkel-Straße die Möglichkeit bestehe, die Linienführung der Linie 53 anders zu gestalten. Zur Zeit fährt die Linie aus der Stadt kommend über den Vogelberger Weg und hält an der Haltestelle Wachholderstück. Dann fährt sie hoch zum Vogelberg, an der Schule vorbei, durch den Kreisverkehr (geradeaus) in das Neubaugebiet Kirchhahn und hält an der Willy-Bürger-Straße. Darauf folgen zwei weitere Bushaltestellen in ca. 250 m Entfernung (Wilhelm-Kattwinkel-Straße und Grundschule Vogelberg). Erst nach dieser Rundfahrt können die Anwohner aus dem Gebiet Buschhausen aussteigen, um den kürzesten Fußweg zu nutzen.

Er fragt an, ob eine Bedarfshaltestelle zum Aussteigen hinter dem Kreisverkehr eingerichtet werden kann, damit die Bewohner aus Buschhausen nicht die ganze Runde fahren müssen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

8.3.5. Vollsperrung von Straßen bei Straßenbau

Herr Wilde erklärt, dass lt. Zeitungsbericht die B 7 in Hemer für zwei Tage komplett gesperrt wurde, um zwei Fahrspuren gleichzeitig asphaltieren zu können. Dies soll eine 10-tägige Bauzeitenersparnis ergeben haben.

Er fragt an, ob zukünftig eine solche Lösung auch für Straßenbaumaßnahmen in Lüdenscheid möglich wäre.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

8.3.6. Radrennen

Vorsitzender Diller bezieht sich auf das stattgefundenene Radrennen am 06.09.08 und fragt, warum die Feuerwehr, lt. Zeitungsbericht, nicht wusste, dass Straßen dafür gesperrt werden, obwohl es im BVA am 13.08.08 bekannt gegeben wurde.

Beigeordneter Theissen antwortet, dass die Aussage, wie sie in der Zeitung stand, durch zwei nicht autorisierte Beschäftigte der Feuerwehr getätigt wurde. Intern sei alles vorschriftsmäßig gelaufen. Der zuständige Fachbereich „Verkehrsabteilung“ wusste Bescheid und das Rechts- und Ordnungsamt war informiert, damit auch die Feuerwehr.

8.3.7. Umschaltung der Ampelphase Heedfelder Str. - Grebbecker Weg

Vorsitzender Diller legt die Verkehrssituation in der Heedfelder Straße/Grebbecker Weg dar. Wenn man von der Stadt kommend links in den Grebbecker Weg abbiegen möchte, sei die Geschwindigkeit der in Richtung Stadt fahrenden Fahrzeuge schlecht einzuschätzen. Er fragt an, ob die Ampelphase anders geschaltet werden könne.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

gez. Diller
Vorsitzender

gez. Scholz
Schriftführerin